

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Postgeld monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Zl. Bei Postbezug monatlich 3,11 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Zl. Danzig 3 Gulb. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 10 mm breite Kolonelleiste 20 Groschen, die 90 mm breit: Nettomerkmal 100 Grosch. Danzig 20 bis 100 Zl. Pfl. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Plagiaten und schwierigerem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Stettin 1847, Polen 202157

Nr. 187. Bromberg, Donnerstag den 14. August 1924. 48. Jahrg.

Finish in London.

Die Londoner Konferenz geht rasch ihrem Ende entgegen; die Alliierten unter sich sind bereits fertig, und Macdonald hat bereits gestern den Delegierten eine Art Abschiedsrede gehalten. Es handelt sich nur noch darum, zwischen den Verbündeten und den Deutschen ein vollständiges Einverständnis zu erzielen, denn hier bestehen noch Differenzen, nicht so sehr in politischen, sondern vielmehr in wirtschaftlichen und technischen Fragen. Diese Meinungsverschiedenheiten sollen durch die Hauptdelegierten endgültig entschieden werden. Wenn hier die vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, dann kann schon in diesen Tagen der Schluss erfolgen.

Wie die Ruhrfrage endgültig erledigt wird, ist noch nicht deutlich erkennbar; diese Frage bildet bekanntlich ein Kapitel für sich und gehört nicht zu den Aufgaben der eigentlichen Konferenz. Ihre Lösung wollen die Franzosen, wie schon berichtet, mit Sicherheitsgarantien belasten, die aber von denjenigen, die man bisher im Auge hatte, wesentlich verschieden sind. Es kommt nicht ein Garantiepaß unter den Alliierten in Frage, sondern ein Kontrollsystem, das unter der Obhut des Völkerbundes steht. Ferner verlangt Frankreich als Kompensation für die Räumung der Ruhr den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland, eine Frage, die sich natürlich nicht übers Knie brechen läßt und nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Nach dem französischen Vorschlag sollen die beiderseitigen Delegierten am 1. Oktober zu diesem Zwecke in Paris zusammentreten; indessen legen die Franzosen Gewicht darauf, gewisse Richtlinien und Grundgedanken schon jetzt festzulegen.

Über die bevorstehenden Pariser Verhandlungen ist zu melden:

Der französische Finanzminister Clementel hat in einem Schreiben an die deutsche Regierung den Wunsch geäußert, die beiderseitigen Regierungen möchten zum 1. Oktober d. J. nach Paris bevollmächtigte Unterhändler entsenden, die über den deutsch-französischen Warenaustausch Abmachungen zu treffen hätten. Die Verhandlungen sollen im Geiste der Freiheit und des gegenseitigen Entgegenkommens geführt werden.

Das Schreiben Clementels geht von der Voraussetzung aus, daß Deutschland seine wirtschaftliche Freiheit am 10. Januar nächsten Jahres wiedergewinne und enthält folgende Punkte:

Gegenseitige Erleichterungen für den Export von Frankreich nach Deutschland und umgekehrt. Verlängerung der Klausel des Versailler Vertrages betreffend die Einfuhr eisaf-losbringender Produkte nach Deutschland. Außerdem werden, wie bekannt, Kohlen- und Kokslieferungen, sowie die Lieferungen von Naturalprodukten behandelt. Es ist ein überaus weitreichendes kompliziertes Programm, dessen Tragweite heute auch noch nicht annähernd beurteilt werden kann.

„Westminster Gazette“ behauptet, daß ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über die Lieferung von Ruhrkohle an die Eisenhütten in Lothringen zustande gekommen sei, das auch über die Fristen im Friedensvertrag hinaus laufen soll. Es handele sich um einen rein privatwirtschaftlichen Vertrag auf streng kaufmännischer Grundlage.

Die Lage in London.

Noch keine volle Übereinstimmung.

Meldungen der Poln. Tel.-Agentur:

London, 12. August. P.M. Reichkanzler Marx und Außenminister Stresemann hatten dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis einen Besuch ab. Im Laufe des Gesprächs gab Theunis der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft zwischen Belgien und Deutschland wieder gute wirtschaftliche und politische Beziehungen herrschen werden.

London, 12. August. P.M. Gestern Abend fand eine Konferenz zwischen Herriot einerseits und Marx sowie Stresemann andererseits statt. Die Unterredung betraf, wie es scheint, die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Außerdem konferierte Stresemann mit Clementel. Die Minister besprachen die evtl. Festsetzung eines modus vivendi in der Frage des Imports eisaf-losbringender Produkte nach Deutschland auf der Grundlage eines provisorischen Abkommens, das über den 1. August 1925 bzw. bis zu dem Augenblick verlängert werden soll, bis das deutsch-französische Handelsabkommen zustande kommt.

Berlin, 12. August. P.M. Die „Kreuzzeitung“ schreibt, daß der am Ende des Jahres 1925 (?) festgesetzte Termin der militärischen Räumung des Ruhrgebietes von der deutschen Delegation nicht angenommen werden könne, und daß er zweifellos von ihr abgelehnt werden wird.

Berlin, 12. August. P.M. Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet aus London, daß Minister Stresemann gestern nachmittag mit dem französischen Finanzminister Clementel konferierte, der ihm die Wünsche Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiet vorbrachte. Wie man hört, hat Clementel dem Außenminister Stresemann seine Wünsche schriftlich überreicht.

London, 12. August. P.M. Gestern Abend haben die Sachverständigen der 3. Kommission die Redigierung ihres Berichtes beendet, um ihn endgültig der Plenarsitzung der Konferenz vorzulegen. Die deutsche Delegation lehnt immer noch die Annahme besonderer Verpflichtungen durch die deutsche Reichsregierung in der Frage der Lieferung von Kohlen, Farbstoffen und Medikamenten ab, und infolgedessen wird erst das Plenum der Konferenz über die Meinungsverschiedenheit in dieser Angelegenheit endgültig entscheiden müssen. Dagegen zeigen die deutschen Delegierten ihre Forderungen, die sie vorher in der Frage evtl. Änderungen des Dawesplans in Bezug auf die Befähigung evtl. loshafter finanzieller Manöver von Seiten Deutschlands gestellt hatten, zurück, ebenso ihre früheren Forderungen über den Schiedsspruch für den Fall einer Meinungsverschiedenheit in der sogenannten Kommission

für die Verteilung der Zahlungen. Die Amnestiefrage, die vom Rechtskomitee bearbeitet wurde, wird den Gegenstand eines besonderen Berichtes bilden.

London, 12. August. P.M. In der heutigen Sitzung des Rates der vierzehn Hauptdelegierten trat ein gewisser Mißklang in die Erscheinung infolge der Unzufriedenheit, die die deutschen Minister über einige Beschlüsse der Konferenz an den Tag legten, welche den Bericht des dritten Komitees über die Verteilung der Reparationszahlungen betrafen. Diese Frage wurde erneut den Sachverständigen zur Beratung vorgelegt.

London, 12. August. P.M. Theunis nahm zusammen mit Macdonald heute ein Frühstück ein. Nach dem Frühstück konferierte der englische Ministerpräsident mit den deutschen Delegierten. Nachmittags fand eine Plenarsitzung unter Teilnahme der Delegierten der kleineren alliierten Staaten statt.

London, 12. August. P.M. Der Gesandte der Republik Polen in London, Skirmunt, wandte sich an Herriot mit der Bitte, ihm eine Audienz zu gewähren. Der Termin hierfür wurde auf morgen nachmittag festgesetzt. Skirmunt beabsichtigt, sich an Herriot zu wenden, daß man für den Fall einer Verständigung in der Frage der Sicherheit zwischen zwei oder drei Regierungen die besondere Lage Polens als des östlichen Nachbarn Deutschlands berücksichtige.

London, 12. August. Die sechs Leiter der alliierten Delegationen nahmen heute vormittag die Beschlüsse zur Kenntnis, die im Bericht der drei Komitees enthalten sind, worauf dieser Bericht Gegenstand einer Diskussion mit den deutschen Delegierten war. In der hierauf stattgefundenen Plenarsitzung der vierzehn bevollmächtigten Vertreter waren die deutschen Delegierten mit den Vorschlägen der dritten Kommission nicht einverstanden, welche die Verteilung der Zahlungen in Markt an Privatpersonen zur Fällung von Anleihen in Deutschland betreffen, und stellen fest, daß die Sachverständigen zur Zeichnung der Warenart nicht berufen waren. Dieser letzte strittige Punkt in der Frage der Verteilung der Zahlungen wurde erneut den Sachverständigen zur Beratung übergeben. In der Frage der Räte der Materialien, die als Naturalleistungen angesehen werden können, nehmen die deutschen Delegierten auch weiterhin einen ablehnenden Standpunkt in Bezug auf die Forderung ein, daß zu diesen Materialien auch Benzol und Farbstoffe hinzugerechnet werden sollen.

London, 12. August. (P.M.) Den „Times“ zufolge ist nicht damit zu rechnen, daß Frankreich oder Belgien mit Deutschland einen Handelsvertrag schon während der Dauer der Londoner Konferenz abschließen werden. Daily Telegraph meint, daß auf die Schwierigkeiten der Führung solcher Verhandlungen im gegenwärtigen Augenblick auch die deutschen Minister hinweisen. Übrigens müßte Deutschland analoge Handelsverträge auch mit anderen Staaten, wie England und Italien, abschließen. Man kann jedoch nach Ansicht der deutschen Delegation im gegenwärtigen Augenblick einen modus vivendi finden.

London, 12. August. Die heutige Abendsitzung der alliierten Delegationen dauerte anderthalb Stunden. Den Vorsitz führte Macdonald. In der Eröffnungsrede betonte der englische Ministerpräsident die bisherigen befriedigenden Ergebnisse der Kommissionen. Macdonald ist der Meinung, daß man noch eine ähnliche Sitzung der Delegation der alliierten Staaten werde einberufen müssen, um die Plenarsitzung vorzubereiten, an der auch die deutschen Delegierten teilnehmen würden. Bei dieser Gelegenheit wies der Vorsitzende darauf hin, daß diese Sitzung gleichzeitig den Abschluß der Arbeiten der Konferenz darstellen würde. Nach der Ansprache Macdonalds trat man an die Prüfung der Berichte der Kommissionen, die bereits Verbesserungen und Ergänzungen enthalten, welche in Laufe der Beratungen mit der deutschen Delegation gemacht wurden. Eine der wichtigsten Verbesserungen bedeutet die Interpretation der Ausdrücke „absichtliche Verfehlungen“. Man einigte sich dahin, daß die Definition dieser Ausdrücke bereits in der Ansprache Macdonalds, die er am 5. d. M. im Unterhause hielt, enthalten ist. Macdonald sagte damals deutlich von „offensbaren Verfehlungen, die mit einer deutlichen Intention begangen werden“. Zwischen den interessierten Delegationen wird die Diskussion über die militärische Räumung des Ruhrgebietes auch weiterhin fortgesetzt.

Die Savas-Note und Pat-Meldung über den letzten Pariser Ministerrat.

Der auf die Räumung der Ruhr bezügliche Passus der offiziellen Savas-Note über den französischen Ministerrat von Sonnabend nacht lautet:

„Wir bereits sein Vorgänger Poincaré, hat Ministerpräsident Herriot zu wiederholten Malen erklärt, daß die Räumung eine der Folgen der Inkraftsetzung des Sachverständigenplans sei und sich unter gewissen Bedingungen vollziehen werde. Die französische Regierung bleibt ihrer Verpflichtung getreu. Es liegt völlig auf der Hand, daß bei deren Verwirklichung die Sicherheitsgarantien Berücksichtigung finden werden, die Frankreich und Belgien zu fordern berechtigt sind. Marshall Foch, der in diesem besonderen Punkt von dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister um Rat befragt worden ist, hat sich ihrer Auffassung völlig angeschlossen.“

Hier wird ausdrücklich erklärt, daß die Räumung erfolgen wird, weil sie sich aus der Inkraftsetzung des Dawesplans ergibt. Sinngemäß wird, daß die französische Regierung ihrer Verpflichtung (nämlich zur Räumung) getreu bleibt, daß aber Sicherheitsgarantien berücksichtigt werden müßten, auf die Frankreich und Belgien Anspruch hätten.

Die P.M. hat bei der Übernahme der Savas-Note den wichtigen Zwischenfall, die französische Regierung bleibt ihrer Verpflichtung getreu, weggelassen und dadurch den Sinn nicht klarer gemacht. Direkt sinnentstellend ist es,

Der Zloty (Gulden) am 13. August

(Börsenlicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar —	5,24—5,25 Zloty
	100 Zloty —	106 Gulden
Warschau:	1 Dollar —	5,21 Zloty
	1 Danz.Guld. —	0,94 1/2 Zloty
Rentenmark:	—	1,27 1/2 Zloty

wenn sie schreibt „die französische Regierung halte daran fest, daß die Räumung... von der Sicherheitsgarantie für Frankreich und Belgien abhängt“; denn die Sicherheitsgarantie, die jetzt gegeben werden soll, ist eine vom Völkerbundrat auszubühende Kontrolle über Deutschland, also ein ganz neuer Gedanke, zu dem also die Wendung, „die französische Regierung halte daran fest“, paßt wie die Faust aufs Auge.

Im übrigen kann man auch von der Savas-Note selbst nicht saagen, daß sie sich durch scharfe Logik auszeichnet. Wenn die Räumung der Ruhr sich, wie Savas sagt, aus der Inkraftsetzung des Dawesplans ergebe, und der Dawesplan sogar vom Frankreich Poincarés angenommen worden ist, so kann sie nachträglich nicht von anderen Bedingungen abhängig gemacht werden.

Die Regierungen in Polen.

Das wiedergeborene Polen hat in den fünf Jahren seiner Wiedererrichtung zwölf Regierungen gehabt. Die dreizehnte ist das gegenwärtige Kabinett Wladyslaw Grabskis. Die Zusammenstellung dieser Regierungen ergibt folgendes Bild:

- Die Regierung Ignacy Daszynskis (vom 14. 11.—17. 11. 18) währte ganze 3 Tage;
- die Regierung Jędrzej Moraczewskis (vom 17. 11. 18 bis 26. 1. 19) hatte eine Lebensdauer von einem Monat und 29 Tagen;
- die Regierung Ignacy Paderewskis (vom 20. 1. 19 bis 13. 12. 19) hatte das Staatsruder 9 Monate und 27 Tage in ihrer Hand;
- die Regierung Leopold Skulskis (vom 13. 12. 19 bis 23. 6. 20) dauerte 7 Monate und 10 Tage;
- die Regierung W. Witos (vom 24. 6. 20 bis 19. 9. 21) hatte die längste Lebensdauer; sie dauerte 13 Monate und 25 Tage;
- Die Regierung Antony Poniatskiskis (vom 19. 9. 21 bis 28. 6. 22) währte 9 Monate und 9 Tage.

Eine kurze Dauer war auch der Regierung Artur Sliwinski beschieden, die vom 28. 6. 22 bis 29. 7. 22 dauerte, d. h. einen Monat und 1 Tag.

Etwas länger behaupteten sich die Regierungen Jul. Nowak (vom 27. 7. 22 bis 16. 12. 22), d. h. 4 Monate und 17 Tage, ferner die Regierung W. Sikorski (vom 16. 12. 22 bis 28. 6. 23), d. h. 5 Monate und 21 Tage, und endlich das zweite Kabinett Witos, das 4 Monate und 20 Tage die Geschicke des Staates leitete.

Die Regierung W. Grabskis übernahm das Staatsruder am 19. 12. 23 und behauptet sich trotz der vielen Anfeindungen auch heute noch.

Mehr Loyalität!

Der „Kurjer Polski“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer eine weitere Antwort auf die von diesem Blatte veranstaltete Enquete über die Lösung des Problems der nationalen Minderheiten die Ansicht eines Dr. Dembowski, der in der Einleitung betont, daß es schwer sei, diese Frage im Rahmen eines Artikels zu behandeln und deshalb nur auf grundsätzliche Punkte hinweist, auf die sich nach seiner Ansicht die ganze Behandlung dieser Frage stützen muß.

Man muß, so heißt es in dem Aufsatz, sich von den Illusionen fernhalten, als ob unser Staat in nationaler Hinsicht überhaupt einmal eine Einheit darstellen könnte. Diese Illusionen nach dieser Richtung hin zeitigen geradezu die gegenteilige Wirkung. Rufen wir uns die eigenen Erlebnisse von unlängst in Erinnerung, wie bei uns jealose Verfolgungen und Beschränkungen unserer Rechte das Potentium und den Patriotismus stärkten und die Saat des Hasses gegenüber denen säten, die uns auf dem Wege der freien nationalen Entwicklung Hindernisse entgegenstellten. Der Staat ist verpflichtet, aus allgemeinen Mitteln, die aus den von allen gleich entrichteten Steuern zusammenkommen, ohne Rücksicht auf die nationalen und religiösen Unterschiede, jealose kulturellen und nationalen Bedürfnisse zu befriedigen. Sofern nach dieser Richtung hin die Nichtbefriedigung der Bedürfnisse als ein Unrecht empfunden wird, so wird Unzufriedenheit und ein Widerwillen zum Staat wachgerufen. Und dieser Widerwillen und der Haß in der Zeit des Friedens vergiften das Leben und die Arbeit an der Entwicklung des Staates, und während des Krieges geben sie die Vorräte an Explosivstoffen her, die jeder Feind in Brand stecken kann, wenn er dies für sich als notwendig erachtet.

Die Schule einer jeden Nationalität, die in der Polnischen Republik wohnt, muß ihren Bürgern eine gute Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift als Staatsprache vermitteln. Dies ist die grundsätzliche Bedingung für die Einheitlichkeit des Staates. Wir dürfen keine besonderen Richter für Juden oder Ukrainer haben oder besondere jüdische oder ukrainische Regimenter mit

